

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 65. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau (SB/065/2013)

am Mittwoch, 24. April 2013,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Jörn Marx

Vertretung für Frau Helma Orosz

CDU-Fraktion

Dr. Hans-Joachim Brauns

Klaus Rentsch

Gunter Thiele

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Margit Haase

Thomas Löser

SPD-Fraktion

Axel Bergmann

FDP-Fraktion

Matteo Böhme

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

Stellvertretende Mitglieder

Andreas Naumann

Vertretung für Frau Kristin Klaudia Kaufmann

Abwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Lothar Klein

Fraktion DIE LINKE.

Kristin Klaudia Kaufmann

Verwaltung:

Herr Flügel	GB 2/ Amt 65
Herr Hübner	GB 2/ Amt 65
Frau Neuner	GB 2/ Amt 65
Herr Körner	GB 7/ Amt 80
Herr Braumann	GB 6/ Amt 61
Frau Heckmann	GB 6/ Amt 61
Herr Häßner	GB 6/ Amt 61
Frau Leibnitz	GB 6/ Amt 61
Herr Socher	GB 7/ Amt 86
Frau Merkel	GB 6
Frau Gertig	GB 6
Frau Böhme	GB 6
Herr Köllner	GB 7/ Amt 80
Herr Dr. Wagner	GB 2/ Amt 65
Frau Klotzsche	GB2/ Amt 65
Herr Koettnitz	GB 6/ AL 66
Herr Dr. Mohaupt	GB 6/ Amt 61
Herr Fücker	GB 1/ Amt 40
Herr Dr. Korndörfer	GB / AL 86
Frau Maiwald	GB 6/ Büroleiterin

Gäste:

Frau Sitte	Praktikantin Fraktion DIE LINKE.
Herr Heller	AS & P
Frau Lehner	Rieger Architektur
Herr Böhme	Stadtverband Dr. Gartenfreunde
Herr Winzer	Sächsische Zeitung
Herr Nowak	MPI CPfS
Herr Schmidt	MPI CPfS
Herr Pidt	Bürger

Schriftführer/-in:

Maika Vetter

T A G E S O R D N U N G

Nicht öffentlich

- 1 Rahmenplan Nr. 791, "Städtebauliches Rahmenkonzept für den Bereich des Campus der technischen Universität Dresden und dessen Umfeld" (Arbeitstitel)
Information zum derzeitigen Bearbeitungsstand

Öffentlich

- 2 Bebauungsplan Nr. 393, Dresden-Räcknitz Nr. 3, Nöthnitzer Straße-Campus Süd
hier:
1. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan
2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
**V2120/13
beschließend**
- 3 Bebauungsplan Nr. 332, Dresden-Mockritz Nr. 6, Wohnbebauung Eutschützer Straße-Nord
hier:
Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan
**V2162/13
beschließend**
- 4 Bebauungsplan Nr. 375, Dresden-Altstadt I Nr. 38, Neumarkt Quartier VII
hier:
1. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
2. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf
3. Durchführung des Beteiligungsverfahrens
**V1756/12
beschließend**
- 5 Rahmenplan Nr. 789, Dresden-Reick/Strehlen/Gruna, Wissenschaftsstandort Dresden-Ost
hier:
1. Billigung des Rahmenplanes
2. Einleitung der für eine Umsetzung erforderlichen Maßnahmen
**V1983/12
beschließend**

Nicht öffentlich

- 6 Neue Straßentrasse zwischen der den östlichen Gewerbestandorten der Großen Kreisstadt Radebeul und der Bundesautobahn A 4 (Anschlussstellen Dresden-Neustadt und Dresden-Wilder Mann; Ergebnisse der Einwohnerversammlung vom 27. November 2012)
**V2101/13
beratend
(federführend)**
- 7 Einstellung der Planungen zum Bau einer neuen Lkw-Trasse in Dresden Kaditz
**A0692/13
beratend
(federführend)**

- | | | |
|-----------|--|---|
| 8 | Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept Dresden 2030 | V2021/12
beratend |
| 9 | Verlagerung der 88. Grundschule an den Standort Plantagenweg 3 in 01326 Dresden und Sanierung des Bestandsgebäudes mit Ersatzneubau Schulsporthalle | V2110/13
beratend |
| 10 | Gesamtsanierung der 6. Grundschule „Am Großen Garten“, Fettscherstraße 2 in 01307 Dresden | V2125/13
beratend |
| 11 | Teilsanierung der 107. Mittelschule, Hepkestraße 26 in 01309 Dresden | V2166/13
beratend |
| 12 | Neubau Speiseraum für das Pestalozzi-Gymnasium, Pestalozziplatz 22 in 01127 Dresden | V2171/13
beratend
(federführend) |
| 13 | Werkstattverfahren "Schichten der Stadt"
Diskussion einer stadträumlichen Verflechtung des Neumarktes und der Wilsdruffer Straße am Standort Hotel Stadt Rom
hier:
Kenntnisnahme der Ergebnisse | V1547/12
beratend |
| 14 | Antragsfrist zur Sondernutzung des Parkplatzes Pieschener Allee erweitern | A0703/13
beratend |
| 15 | Informationen/Sonstiges | |

öffentlich

Einleitung:

Herr **Bürgermeister Marx** eröffnet die 65. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau. Er begrüßt die Vertreter der Verwaltung und die Mitglieder des Ausschusses. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung fest.

Herr Bürgermeister Marx informiert, dass der TOP 4 (V1756/12) auf Grund verwaltunginterne Klärungsbedarfs vertagt werden müsse.

Herr **Stadtrat Löser** bittet um einen aktuellen Sachstand zum Verkauf des Prager Carree. Er möchte zur nächsten Ausschusssitzung dezidiert vorgelegt bekommen, wie die Verkehrsandienung gedacht sei und Informationen zur Fassadenausformung. Er geht nochmals auf die Probleme der Kubatur ein, die sich vom Blick des Hauptbahnhofes in Richtung des Wiener Platzes ergeben würden, wenn der Plan, wie von REVITALIS vorgesehen sei, zur Ausführung käme.

Des Weiteren bittet Herr Stadtrat Löser um eine Information zum Verfahrensstand „Albert-tower“. Das Werkstattverfahren soll im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau vorgestellt werden.

**2 Bebauungsplan Nr. 393, Dresden-Räcknitz Nr. 3, Nöthnitzer
 Straße-Campus Süd**

**V2120/13
 beschließend**

hier:

1. Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan

2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Frau **Leibnitz** stellt die Vorlage V2120/13 vor und begründet diese.

Herr **Stadtrat Löser** begrüßt die Erweiterung des Campusgeländes. Die Verwaltung befinde sich derzeit bei der Erarbeitung des gesamten Rahmenplans, den man vor diesem Bebauungsplan beschließen sollte. Es habe Aussagen der Verwaltung gegeben, dass diese beiden Pläne gekoppelt werden müssen. Hierzu bittet er um eine Aussage über die Gründe. Er bittet um Vertagung der Vorlage, um verschiedene Gespräche zu führen und die Umweltbelange abwägen zu können.

Herr **Bürgermeister Marx** informiert, dass es sich bei der heute zu beschließenden Vorlage um den Aufstellungsbeschluss über den räumlichen Geltungsbereich handle.

Frau **Steinhof** weist darauf hin, dass Herr Prof. Lenz in der Ortsbeiratssitzung in Plauen und nachfolgend in einem Presseartikel in der DNN darauf hingewiesen habe, dass konkrete Bauvorhaben der Universität nicht geplant seien. Der Verwaltung liege eine Stellungnahme des SIB vor, die verdeutliche, warum das Baurecht an der Nöthnitzer Straße parallel zum Rahmenplan hergestellt werden müsse. Man gehe davon aus, dass keine widersprüchlichen Aussagen zwischen dem Bebauungsplan und dem Rahmenplan bestehen.

Herr **Stadtrat Dr. Brauns** halte die Erweiterung des Universitätsgeländes für notwendig. Er regt an, die Beschlussempfehlung des Ortsbeirates Plauen im Punkt 1 wie folgt zu ändern und dieser anschließend Folge zu leisten:

„Die Kleingartensparte „Grabeland“ ist **möglichst** zweckgebunden auf der jetzigen Fläche zu erhalten.“

Für den Fall, dass es nicht möglich wäre, sollte man jetzt schon Ersatzflächen planen.

Herr **Stadtrat Bergmann** halte es für richtig, dass der Bebauungsplan aufgestellt werde. Des Weiteren halte er es für sinnvoll eine frühzeitige Bürgerbeteiligung durchzuführen. Er bringt den Änderungsantrag (Beschlusspunkt 7 u. 8) der SPD-Fraktion ein und begründet diesen. Der Anregung von Herrn Stadtrat Dr. Brauns, die Beschlussempfehlung des Ortsbeirates Plauen zur Abstimmung zu stellen, stimmt Herr Stadtrat Bergmann zu, jedoch in vorliegender Form. Er erinnert, dass im Jahr 1990 ein Aufstellungsbeschluss zum Thema „Südpark“ aufgestellt wurde. Hier sollte eine ökologische Ausgleichsfläche (Erholungsort) für Anwohner, Forscher und andere Nutzer geschaffen werden. Dies sei jedoch nicht weiter verfolgt worden. Im Zusammenhang mit dem jetzigen Bebauungsplan könne man Überlegungen anstreben, diesen damaligen Aufstellungsbeschluss wieder zu aktivieren.

Herr **Stadtrat Wirtz** meint, dass die Kleingartensparte in jedem Fall erhalten bleiben müsse. Auf Grund dessen rät er von der Änderung der CDU-Fraktion zu dem Beschlusspunkt ab. Um das zu verdeutlichen, beantragt er im Beschlusspunkt 2 zu ergänzen, das Grundstück der Kleingartensparte „Grabeland“ aus dem Bebauungsplan herauszulösen.

Frau **Stadträtin Haase** findet, die Konkretisierung könne derzeit nicht stattfinden, solange der Rahmenplan noch nicht aufgestellt sei. Sie könne keinem der gestellten Änderungsanträge zustimmen, weil ihr die Grundlagen fehlen würden, einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan zu beschließen. Sie plädiert für Vertagung der Vorlage.

Herr **Stadtrat Wirtz** möchte, dass die Flächen, wie von ihm beantragt, aus dem Bebauungsplan herausgelöst werden.

Herr **Stadtrat Bergmann** spricht ebenfalls gegen den Antrag der CDU-Fraktion. Man solle es wie vom Ortsbeirat Plauen vorgeschlagen, mit Hilfe eines weiteren Beschlusspunktes klar festlegen, dass die Kleingartensparte „Grabeland“ zweckgebunden auf der jetzigen Fläche zu erhalten sei. Er spricht nochmals für die von ihm eingebrachten Ergänzungsantrag, eine Einwohnerversammlung durchzuführen. Herr StR Bermann beantragt punktweise Abstimmung.

Herr **Stadtrat Rentsch** meint ebenfalls, es sei wichtig, die Kleingartensparte auf der jetzigen Fläche zu erhalten.

Herr **Stadtrat Böhme** befürwortet eine Einwohnerversammlung. Er wirbt dafür, der Beschlussempfehlung des Ortsbeirates Plauen Folge zu leisten.

Herr **Stadtrat Löser** bittet nochmals um Vertagung der Vorlage.

Frau **Steinhof** erklärt, die Verwaltung habe mit dem Beschlussvorschlag des Ortsbeirates Plauen keine Probleme. Im Vorfeld sei der Bebauungsplan in der Interessengemeinschaft, die sich aus den Anwohnern gegründet habe, vorgestellt worden.

Im Ortsbeirat sei explizit darauf hingewiesen worden, dass es nicht geplant sei, auf die Kleingartenfläche ein Baufeld zu legen. Die Fläche der Kleingartensparte aus dem Geltungsbereich herauszulösen halte sie für schwierig, da sich in dem Gebiet eine Kindertagesstätte befinde, die ein Planungsziel sei. Darüber hinaus habe man sich das Ziel gesetzt, eine Durchwegung der Kleingartenanlage zu erreichen. Wenn die Fläche nicht gebraucht werde, könne man diese in einer späteren Phase (z. B. Vorentwurfsphase) immer noch herauslösen.

Herr **Bürgermeister Marx** fragt Herrn Stadtrat Bergmann, ob man den Punkt 1 im SPD-Antrag dahingehend ändern könne, aus einer Einwohnerversammlung eine Bürgerversammlung zu machen.

Herr **Stadtrat Bergmann** möchte den Antrag dahingehend nicht ändern.

Es gibt keine weiteren Fragen oder Anmerkungen. Herr Bürgermeister Marx bringt den Ver- tagungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 3 Ja/ 6 Nein/ 1 Enthaltungen Ablehnung

Anschließend bringt er den Antrag von Herrn Stadtrat Wirtz, die Fläche der Kleingartensparte „Grabeland“ aus dem Geltungsbereich herauszulösen, zur Abstimmung.

Abstimmung: 2 Ja/ 7 Nein/ 1 Enthaltung Ablehnung

Nun bringt er den Antrag der CDU-Fraktion, den Beschlusspunkt 1 des Ortsbeirates Plauen wie folgt zu modifizieren:

„Die Kleingartensparte „Grabeland“ ist möglichst zweckgebunden auf der jetzigen Fläche zu erhalten. Für den Fall, dass das nicht möglich ist, sind bereits jetzt Ersatzflächen zu planen.“

Abstimmung: 5 Ja/ 5 Nein/ 0 Enthaltungen Ablehnung

Herr **Stadtrat Dr. Brauns** bittet den Beschlusspunkt 3 des Ortsbeirates wie folgt zu modifizieren:

„Zur Entlastung benachbarter Wohngebiete sind im Planungsgebiet ausreichende Parkflächen durch den Veranlasser zu schaffen. Eine Stellplatzabläse für Neubauten ist auszu- schließen.“

Des Weiteren solle im Beschlusspunkt zwei des Ortsbeirates die Wörter „sicher zustellen“ durch „auszuweisen“ ersetzt werden.

Herr **Bürgermeister Marx** bringt die durch Herrn Stadtrat Dr. Brauns modifizieren Be- schlusspunkte zwei bis vier des Ortsbeirates Plauen zur Abstimmung.

Abstimmung: 10 Ja/ 0 Nein/ 0 Enthaltungen Zustimmung

Anschließend bringt Herr Bürgermeister Marx die komplette Beschlussempfehlung des Ortsbeirates Plauen (Beschlusspunkt eins bis vier) mit den Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmung: 9 Ja/ 0 Nein/ 1 Enthaltung Zustimmung

Nun bringt er die Beschlusspunkte des SPD-Antrags punktweise zur Abstimmung.

„Bis August 2013 ist eine Einwohnerversammlung nach § 22 Abs. 1 SächsGemO zu Zielen und Inhalten des Bebauungsplans 393 sowie zum aktuellen Stand der 2011 durch den Stadt- rat beauftragten städtebaulichen Rahmenplanung für den Universitätsstandort Dresden durchzuführen. Die auf der Einwohnerversammlung vorgebrachten Vorschläge, Anregungen und Bedenken zu den Planungen sind dem Ortsbeirat Plauen sowie dem Stadtrat gemäß § 22 Abs. 4 SächsGemO vorzulegen.“

Abstimmung: 10 Ja/ 0 Nein/ 0 Enthaltungen Zustimmung

„Als Ziel des Bebauungsplanverfahrens sind folgende Punkte aufzunehmen: Der Fußweg auf beiden Seiten der Nöthnitzer Straße ist durchgängig bis zur Bergstraße zu führen. Zu prüfen ist auch die Anlage einer Baumallee.“

Abstimmung: 10 Ja/ 0 Nein/ 0 Enthaltungen Zustimmung

„Neben der ausreichenden Ausstattung mit Parkplatzkapazitäten ist auch der Bau eines Radweges in der Nöthnitzer Straße und eine verbesserte ÖPNV-Anbindung zu prüfen.“

Abstimmung: 3 Ja/ 4 Nein/ 3 Enthaltungen Ablehnung

„Die stadtklimatischen Folgen einer Bebauung im Bereich östlich des Technikums sind vertieft zu untersuchen - ebenso die Möglichkeiten, wie diese kompensiert beziehungsweise minimiert werden können.“

Abstimmung: 3 Ja/ 4 Nein/ 3 Enthaltungen Ablehnung

„Das Bebauungsplanverfahren Dresden-Räcknitz Nr. 1 „Süd-Park“ wird wieder aktiviert. Dabei sind die nördlichen Grenzen des Plangebiets an die südlichen Grenzen des B-Plans 393 anzupassen.“

Abstimmung: 2 Ja/ 5 Nein/ 3 Enthaltungen Ablehnung

Zuletzt bringt Herr Bürgermeister Marx die gesamt Vorlage mit jeglichen Änderungen und Ergänzungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beschließt nach § 2 Abs. 1 BauGB, für das Gebiet südlich der Nöthnitzer Straße (im östlichen Abschnitt zwischen Bergstraße und Passauer Straße) einen Bebauungsplan nach § 8 f. BauGB aufzustellen. Dieser trägt die Bezeichnung: Bebauungsplan Nr. 393, Dresden-Räcknitz Nr. 3, Nöthnitzer Straße-Campus Süd.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beschließt die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes entsprechend den Anlagen 1 und 2.
3. Die Kleingartensparte „Grabeland“ ist zweckgebunden auf der jetzigen Fläche zu erhalten.
4. Ein Standort der Kindertagesstätte ist im Areal auszuweisen.
5. Zur Entlastung benachbarter Wohngebiete sind im Planungsgebiet ausreichend Parkflächen durch den Veranlasser zu schaffen. Eine Stellplatzabläse für Neubauten ist auszu-schließen.
6. Die fussläufige Verbindung zwischen dem oberen Bereich der Passauer Straße und der Nöthnitzstraße sind sicher zu stellen.

7. Bis August 2013 ist eine Einwohnerversammlung nach § 22 Abs. 1 SächsGemO zu Zielen und Inhalten des Bebauungsplans 393 sowie zum aktuellen Stand der 2011 durch den Stadtrat beauftragten städtebaulichen Rahmenplanungen für den Universitätsstandort Dresden durchzuführen. Die auf der Einwohnerversammlung vorgebrachten Vorschläge, Anregungen und Bedenken zu der Planung sind dem Ortsbeirat Plauen sowie dem Stadtrat gemäß § 22 Abs. 4 SächsGemO vorzulegen.
8. Als Ziel des Bebauungsplanverfahrens sind folgende Punkte aufzunehmen:
Der Fußweg auf beiden Seiten der Nöthnitzer Straße ist durchgängig bis zur Bergstraße zu führen. Zu prüfen ist auch die Anlage einer Baumallee.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 6

Nein 0

Enthaltung 4

- | | | |
|----------|--|---------------------|
| 3 | Bebauungsplan Nr. 332, Dresden-Mockritz Nr. 6, Wohnbebauung Eutschützer Straße-Nord | V2162/13 |
| | hier: | beschließend |
| | Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan | |

Herr **Stadtrat Rentsch** möchte wissen, warum der Aufstellungsbeschluss aufgehoben werden sollte.

Frau **Leibnitz** erklärt, dass der Erschließungsaufwand zu hoch sei, um das Baugebiet wirtschaftlich darzustellen.

Herr **Stadtrat Dr. Brauns** fragt, wie die Fläche im Flächennutzungsplan ausgewiesen sei.

Frau **Leibnitz** antwortet, das Gebiet sei im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche mit hohem Grünanteil ausgewiesen.

Frau **Steinhof** fügt hinzu, dass der Aufstellungsbeschlusses an einen städtebaulichen Vertrag zur Refinanzierung der Planungsleistungen gekoppelt sei. Diese Refinanzierung habe der damalige Interessent nicht gezahlt, da das Projekt finanziell nicht darstellbar wäre.

Es gibt keinen weiteren Rede- bzw. Fragebedarf. Herr **Bürgermeister Marx** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beschließt, den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 332, Dresden-Mockritz Nr. 6, Wohnbebauung Eutschützer Straße-Nord, entsprechend Anlage 1 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 10

Nein 0

Enthaltung 0

- 4** **Bebauungsplan Nr. 375, Dresden-Altstadt I Nr. 38, Neumarkt Quartier VII** **V1756/12
beschließend**

hier:

1. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
2. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf
3. Durchführung des Beteiligungsverfahrens

Die Vorlage wird zu Beginn der Sitzung auf Grund von Klärungsbedarf vertagt.

- 5** **Rahmenplan Nr. 789, Dresden-Reick/Strehlen/Gruna, Wissenschaftsstandort Dresden-Ost** **V1983/12
beschließend**

hier:

1. Billigung des Rahmenplanes
2. Einleitung der für eine Umsetzung erforderlichen Maßnahmen

Herr **Szuggat** stellt die Vorlage V1983/12 vor und begründet diese.

Herr **Stadtrat Rentsch** informiert über die kontroverse Diskussion zu den Kleingartenanlagen, die im Ortsbeirat Prohlis geführt wurde, ein. Aus diesem Grund sei der Beschlusspunkt drei in der Beschlussempfehlung des Ortsbeirates formuliert worden.

Herr **Stadtrat Dr. Brauns** bittet, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung zur Abstimmung zu stellen.

Herr **Stadtrat Bergmann** möchte wissen, ob es keine Möglichkeit gegeben habe, in dem Plan Wohnen unterzubringen. Des Weiteren fragt er, welche Flächen gesichert werden wollen, um die strategische Zukunft von Schlüsselgrundstücken möglich zu machen und welche Kosten damit verbunden seien. Aus der Vorlage könne man entnehmen, dass die Kosten sich auf 37 Mio. Euro belaufen. Er bittet um eine Aussage zur Kostenverteilung.

Herr **Szuggat** antwortet, es sei nicht sinnvoll, Grundstücksfragen in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Herr **Stadtrat Bergmann** bittet dies noch einmal im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu thematisieren.

Herr **Szuggat** sichert dies zu. Er fügt hinzu, dass Mittel für den Grunderwerb in der mittelfristigen Haushaltsplan eingestellt seien. Wohnen in diesem Gebiet einzuordnen, halte er für äußerst schwierig. Bei dem Rahmenplan handle sich es um einen themenbezogenen Gewerbestandort. Zur Kostenverteilung informiert Herr Szuggat, dass unter anderem die Infrastrukturleistungen, Straßenbau, technische Infrastruktur, Grunderwerbspositionen und Planungsmittel finanziert werden.

Frau **Stadträtin Haase** finde die Entwicklung an dem Standort gut. Jedoch findet sie es nicht gut, dass im Plan eine Hauptverkehrsstraße durch das Gebiet geführt werde, ohne dass den Stadträten eine detaillierte verkehrsplanerische Untersuchung vorgelegt werde. Sie stellt folgende Ergänzungsanträge und begründet diese:

„Vor weiteren Maßnahmen zur Umsetzung des Erschließungskonzeptes, sind dem Stadtrat eine verkehrsplanerische Untersuchung und ein Erschließungskonzept mit Varianten vorzulegen. Insbesondere folgt mit vorliegenden Rahmenplanbeschluss keine Festlegungen auf eine neue bahndammquerende Straßenverbindung.“

Der Standort Busbahnhof ist planungsrechtlich zu sichern, sofern der Betreiber kein Verlagerungsinteresse bekundet.

Die Kinder- und Schuleinrichtungen südlich der Bahn sind nicht durch Gewerbegebäude vom Wohngebiet südlich der Reicker Straße zu trennen.“

Herr **Dr. Mohaupt** informiert, in den folgenden Konzepten (z. B. Verkehrskonzept von 2003) und den vorangegangenen Ausarbeitungen habe es sich als vorteilhaft erwiesen, dass eine Durchörterung der Bahnanlagen vorgenommen werde. In vergangener Zeit wurden verschiedene Varianten zu einer Durchquerung des Bahndamms untersucht. Die Querung im Zuge der Liebstädter Straße habe sich als günstigste Variante herausgestellt. Die Kosten für die Trassenverbindung belaufen sich zwischen 5,1 Mio. und 5,6 Mio. Euro. Die Vorzugstrasse liege mit den Kosten bei etwa 5,2 Mio. Euro. Im Rahmen der Untersuchungen habe man festgestellt, dass es in dem Gebiet schon einmal eine Durchörterung gegeben habe. Der Bahndurchbruch sei damals verfüllt worden, könne jedoch nicht wieder frei gemacht werden.

Herr **Stadtrat Wirtz** meint, man müsse zwei Bebauungspläne für dieses Gebiet machen - ein Plan oberhalb der Bahntrasse, ein Plan unterhalb der Bahntrasse. Des Weiteren kritisiert er, dass die neu ausgewiesene Fläche für die Kleingartenanlage genau neben Bahnschienen liege. Ein weiterer Nachteil sei, dass kein Wohnen in dem Gebiet angedacht sei. Herr Stadtrat Wirtz werde der Vorlage nicht zustimmen.

Herr **Stadtrat Bergmann** wirbt für den Durchbruch, da es eine Aufwertung des Gebietes sei. Er halte es für nicht gut, andere Nutzungen gänzlich ausschließen zu wollen. Er stellt folgenden Antrag:

„Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau ist bis Februar 2014 der Stand der schrittweisen Umsetzung des Rahmenplans darzulegen. Nochmals soll die Möglichkeit geprüft werden, Wohnnutzung zu integrieren.“

Herr **Szuggat** informiert, zur Voruntersuchung zur Platzierung des MATPOLIS-Schwerpunktes eine Standortuntersuchung über das Stadtgebiet. Das Arbeiten und Wohnen zu verbinden sei das Prinzip der europäischen Stadt, zu dem sich die Stadt Dresden verpflichtet habe. Die Frage der Entfernung zueinander sei jedoch noch nicht geklärt. Südlich der Reicker Straße gebe es planungsrechtlich angearbeitete Potenziale für Wohnungsbau, die man nutzen könne. Das Planungsrecht sehe an dem Standort kein Wohnen vor. Des Weiteren dürfe die Schule nicht durch Blickbeziehungen zu Wohngebiet behindert werden. Zuletzt weist er auf die immisionsschutzrechtlichen Belange hin.

Herr **Stadtrat Böhme** halte es für wichtig, den Rahmenplan an dieser Stelle aufzustellen.

Frau **Stadträtin Haase** bittet um eine Aussage, welche Gebiete als Gewerbegebiete und welche als Sondergebiete für Wissenschaft ausgewiesen werden.

Herr **Szuggat** antwortet, dies stünde noch nicht fest.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. Herr **Bürgermeister Marx** bringt die Ergänzungsanträge von Frau Stadträtin Haase punktweise zur Abstimmung.

„Vor weiteren Maßnahmen zur Umsetzung des Erschließungskonzeptes sind dem Stadtrat eine verkehrsplanerische Untersuchung und ein Erschließungskonzept mit Varianten vorzulegen. Insbesondere erfolgt mit vorliegenden Rahmenplanbeschluss keine Festlegungen auf eine neue bahndammquerende Straßenverbindung.“

Abstimmung: **4 Ja/ 5 Nein/ 1 Enthaltung** **Ablehnung**

Der Standort Busbahnhof ist planungsrechtlich zu sichern sofern der Betreiber kein Verlagerungsinteresse bekundet.

Abstimmung: **4 Ja/ 5 Nein/ 1 Enthaltung** **Ablehnung**

Die Kinder- und Schuleinrichtungen südlich der Bahn sind nicht durch Gewerbegebäude vom Wohngebiet südlich der Reicker Straße zu trennen.

Abstimmung: **5 Ja/ 5 Nein/ 0 Enthaltung** **Ablehnung**

Des Weiteren bringt er die Ergänzungsanträge von Herrn Stadtrat Bergmann zur Abstimmung.

„Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau ist bis Februar 2014 der Stand der schrittweisen Umsetzung des Rahmenplans darzulegen.“

Abstimmung: **10 Ja/ 0 Nein/ 0 Enthaltung** **Zustimmung**

„Nochmals soll die Möglichkeit geprüft werden, Wohnnutzung zu integrieren.“

Abstimmung: **5 Ja/ 5 Nein/ 0 Enthaltung** **Ablehnung**

Herr **Bürgermeister Marx** bittet die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung dahingehend zu ändern, dass statt einer Einwohnerversammlung eine Bürgerversammlung durchgeführt werde.

Die Mitglieder des Ausschusses gehen der Bitte von Herrn Bürgermeister Marx nach.

Herr **Bürgermeister Marx** bringt die geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung zur Abstimmung.

„Es ist ein Konzept zum Erhalt bzw. zur notwendigen Verlagerung oder Neuordnung der betreffenden Kleingärten gemeinsam mit dem Stadtverband „Dresdner Gartenfreunde“ zu entwickeln.“

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in den betroffenen Stadtteilen die Rahmenplanung auf einer Bürgerversammlung vorzustellen. Über die Ergebnisse, insbesondere die Einwände der Einwohner, ist der Stadtrat zeitnah zu informieren.“

Abstimmung: **10 Ja/ 0 Nein/ 0 Enthaltungen** **Zustimmung**

Zuletzt bringt er die Gesamtvorlage mit den Ergänzungen und Änderungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau billigt den Rahmenplan als Grundlage der weiteren Entwicklungsplanung für das Gebiet des Wissenschaftsstandortes Dresden-Ost.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau beauftragt die Oberbürgermeisterin, die für die Umsetzung der Planung erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.
3. **Es ist ein Konzept zum Erhalt bzw. zur notwendigen Verlagerung oder Neuordnung der betreffenden Kleingärten gemeinsam mit dem Stadtverband „Dresdner Gartenfreunde“ zu entwickeln.**
4. **Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in den betroffenen Stadtteilen die Rahmenplanung auf einer Bürgerversammlung vorzustellen. Über die Ergebnisse, insbesondere die Einwände der Einwohner, ist der Stadtrat zeitnah zu informieren.**
5. **Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau ist bis Februar 2014 der Stand der schrittweisen Umsetzung darzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 6

Nein 3

Enthaltung 1

Jörn Marx
Vorsitzender

Maika Vetter
Schriftführerin

Franz-Josef Fischer
Stadtrat

Klaus-Dieter Rentsch
Stadtrat